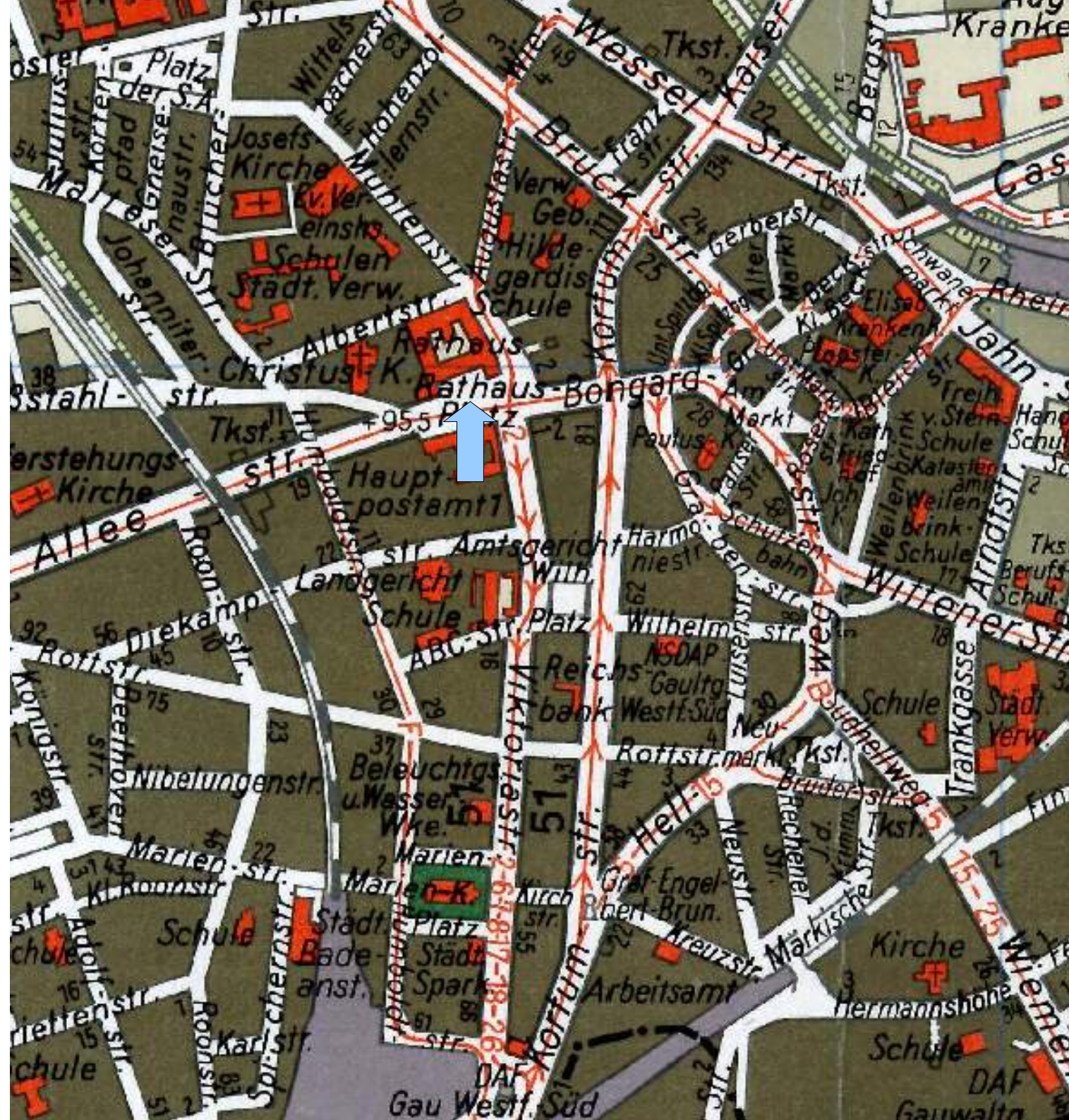


Bochum 1939



Dr. Otto Ruer



Von 1925 bis 1933 bestimmte Dr. Otto Ruer als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt Bochum. Er war, zum Ende der Weimarer Republik, das letzte demokratisch gewählte Bochumer Stadtoberhaupt und wurde von den Nationalsozialisten durch falsche Anschuldigungen und Haft aus dem Amt gedrängt und in den Tod getrieben.

Otto Ruer, am 5. Januar 1879 in Münster geboren, stammte aus einem gutbürgerlichen jüdischen Elternhaus und war das jüngste von drei Kindern. Er studierte in Köln, Berlin und Heidelberg Jura und promovierte in Rostock. Ab 1907 war er als Rechtsanwalt am Berliner Kammergericht zugelassen. Zu seinen weiteren beruflichen Stationen gehörten unter anderem seine Tätigkeiten als Finanzrat der Stadtverwaltung Kiel ab 1914 und als Ministerialrat im Reichsinnenministerium ab 1921. Drei Jahre später wählte ihn die Bochumer Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister. Sein Amt trat er im Januar 1925 an. Er war parteilos, stand aber der Deutschen Demokratischen Partei nahe. Zu seinen Verdiensten gehörte vor allem die Realisierung von sozial-, bildungs-, kultur- und verkehrspolitischen Konzepten. Er galt als herausragender Kommunalpolitiker, das schützte ihn aber nicht vor Anfeindungen. Schon früh, Ende der 1920er-Jahre, wurde er, auch wegen seiner Herkunft, zur Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe.

Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers im Januar 1933 und der in den kommenden Monaten beginnenden Gleichschaltung verschärft sich die Lage für die politischen Gegner des Nationalsozialismus gravierend. Auch Dr. Otto Ruer bekommt dies zu spüren. Die Bochumer NSDAP wirft dem Oberbürgermeister unkorrekte Amtsführung, Verschwendung von öffentlichen Geldern und persönliche Bereicherung vor und erreicht am 11. März seine Amtsenthebung. Ruer flieht nach Berlin, wo er später verhaftet, nach Bochum gebracht und ins Amtsgefängnis überstellt wird. Bis zu seiner Entlassung im Mai 1933 kann die NSDAP ihre Macht weiter ausbauen. In diese Zeit fallen u.a. das Parteienverbot, die Zerschlagung der Gewerkschaften, der Aufruf zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Notare und die Ernennung Adolf Hitlers zum Ehrenbürger der Stadt Bochum. Am 11. Mai wird Otto Ruer aus der Haft entlassen und geht zurück nach Berlin, wo er verzweifelt um seine Rehabilitation kämpft. Wenige Tage später wird der Nationalsozialist Dr. Otto Piclum zum stellvertretenden Oberbürgermeister gewählt. Am 31. Juli stellt der Bochumer Stadtrat das Dienststrafverfahren gegen Ruer ein, weil die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, haltlos waren. Am 28. Juli 1933 wird Piclum zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Nachdem das Dienststrafverfahren gegen Dr. Otto Ruer eingestellt worden war, versetzte ihn der Bochumer Magistrat am 31. Juli 1933 nachträglich in den Ruhestand und gewährte ihm eine Pension. Die Nachricht von seiner Rehabilitierung erreichte Otto Ruer allerdings nicht mehr.

Am 29. Juli 1933 starb er nach einigen Tagen der Bewusstlosigkeit infolge einer Vergiftung (Freitod) in Berlin.

**Verlegung des
Stolpersteins
durch
Gunter Demnig
am 31. 05. 2005
auf dem
Rathausplatz
Bochum
mit Pate Alt-
Oberbürger-
meister
Ernst-Otto
Stüber**



**Text-Gravur im Stolperstein: HIER WIRKTE
DR. OTTO RUER
JG. 1879
OBERBÜRGERMEISTER
1925 - 1933
IN DEN TOD GETRIEBEN**

Dr. Otto Ruer (1879 -1933)

Ein Leben für die Kommunalpolitik

(Zusammengestellt von Ernst-Otto Stüber)

Vorwort

An einem regnerischen Montagmorgen im August 2006. Es sind nur wenige Menschen zu dieser Zeit in der City. Auf dem Dr.-Ruer-Platz stelle ich zufällig ausgewählten Passanten drei Fragen:

1. Sind Sie Bochumerin/Bochumer?
2. Kennen Sie den Namen dieses Platzes?
3. Wer war der Namensgeber?

Von den befragten Bochumer Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichen Alters wissen 69 Prozent den Namen des Platzes, aber nur 14 Prozent kennen Dr. Otto Ruer als ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Bochum.

Das Ergebnis ist keine wissenschaftliche Untersuchung - befragt wurden etwa 150 Personen - aber es belegt dennoch die Unkenntnis über diesen Bochumer Politiker.

Der Platz zwischen Huestraße und Grabenstraße, der nach dem Krieg entstand, trägt seit 1959 den Namen Dr.-Ruer-Platz. Erst 1983, zum 50. Todestag wurde auf dem Platz eine Gedenktafel enthüllt. Zunächst hatte es Diskussionen gegeben, ob eine Gedenktafel an einem der Nachbarhäuser oder ein Obelisk angebracht sei. Schließlich entschied man sich für eine leicht erhöhte Marmorplatte, die in sechs Ausschnitten auf Bronzetafeln Namen und Daten des Namensgebers zeigt. Bei der Enthüllung der Platte am 29. Juli 1983 in einer kleinen Feierstunde in kleinem Kreis sagte Bürgermeister Norbert Withoit (CDU) u.a.:

„Am 20. Juli wird alljährlich der Frauen und Männer gedacht, die sich 1944 mit dem Attentat auf Hitler der nationalsozialistischen Willkür- und Terrorherrschaft entgegenstellten und ihr gesellschaftliches und politisches Engagement mit dem Leben bezahlten.

Weithin in Vergessenheit geraten sind demgegenüber die Bürger, die bereits vor dem 30. Januar 1933 den wahren Charakter und die Absichten Hitlers erkannten und unmittelbar nach der Machtergreifung versuchten, ihn mit dem Instrumentarium eines demokratischen Staates zu bekämpfen.

Zu ihnen zählt der 1925 als Oberbürgermeister nach Bochum berufene Otto Ruer.“

Die folgenden Ausführungen, eine Zusammenstellung bekannter sowie einiger neuer Fakten und Daten, sind der Versuch einer Annäherung an diesen Mann, dem Bochum zweifellos viel zu verdanken hat.

Münster - Berlin

Dr. Otto Ruer wurde am 5. Januar 1879 in Münster (Westfalen) in der Ludgeristraße 92 als drittes Kind der Eheleute Hermann und Berta Ruer geboren. Beide Eltern waren jüdischen Glaubens. Der Vater, 1828 in Meschede geboren, stammte aus einer alten sauerländischen Familie und war wie seine Vorfäter als Arzt tätig. Seine Mutter, eine geborene Aronstein (1835) kam aus Telgte im Münsterland. Der Bruder Rudolf, geboren am 30.09.1865 in Ramsbeck (Kreis Meschede), ging 1885 als Student nach Straßburg und wurde anschließend Soldat. Weitere Einzelheiten sind bisher nicht bekannt. Schwester Frieda, geboren am 06.08.1871 in Münster, heiratete 1896 den Kaufmann Alex Lachmann und folgte ihm nach Bremen.

Nach Besuch des Gymnasiums in Münster begann Otto Ruer das Studium der Rechte in Köln, Berlin und Heidelberg. Den Abschluss des juristischen Studiums - beide Examen bestand er mit dem Prädikat „gut“ - machte er an der Universität Rostock. Der Titel seiner Doktorarbeit lautete: „Die sogenannte cessio legis im gemeinen Recht und Bürgerlichen Gesetzbuch“.

Nach Abschluss der "Großen juristischen Staatsprüfung" am 12. Juli 1906 war Otto Ruer unter Beurlaubung aus dem Justizdienst ein halbes Jahr lang als Subsyndikus bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) Berlin tätig. Danach ließ er sich als Rechtsanwalt beim Kammergericht in Berlin nieder und betrieb mehrere Jahre eine gemeinsame Anwaltspraxis mit Justizrat Dr. Julius Magnus, der auch Herausgeber der Juristischen Wochenschrift war.

Kiel

Im Mai 1910 wurde Otto Ruer zunächst als juristischer Hilfsarbeiter, dann als Magistratsassessor auf sechs Jahre in die Verwaltung der Stadt Berlin gewählt. In dieser Stellung war er vorrangig dem Oberbürgermeister Dr. Kirschner und später Oberbürgermeister Wermuth zu besonderen Aufgaben zugeteilt.

Im März 1914 wurde Ruer für zwölf Jahre zum besoldeten Stadtrat in Kiel gewählt. Am 19. Mai 1914 trat er dieses Amt als Finanzrat (heute: Kämmerer) an.

Seine Militärdienstzeit hatte Otto Ruer bereits Anfang 1900 abgeleistet. Im Januar 1910 wurde er Leutnant der Reserve in der Preußischen Armee und 1915 einberufen. Als Oberleutnant nahm er am Krieg teil, wurde verwundet und schließlich auf Reklamation der Stadt Kiel wieder für die Stadtverwaltung tätig. Aus der Armee wurde er 1919 als Hauptmann der Reserve bei der Feldartillerie entlassen.

In seiner Zeit in Kiel reformierte Otto Ruer insbesondere die Verwaltung der Gas- und Elektrizitätswerke und sorgte für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Anfang 1919 wurde er als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung gewählt. Dort kümmerte er sich vor allem um Angelegenheiten der Kommunalpolitik und der kommunalen Rechte.

Ehefrau

In Kiel heiratete Dr. Otto Ruer Alice Lessing, geborene Schuster. Sie stammte aus Frankfurt (geboren am 9. Juli 1882), war die Witwe des verstorbenen Physikers Dr. Albert Lessing und brachte zwei Kinder in die Ehe mit. Nach dem Tod Otto Ruers lebte sie zunächst von bescheidenen Hinterbliebenenbezügen. Um als Jüdin einem drohenden Tod zu entgehen, ging sie im Dezember 1938 eine Scheinehe mit dem Presseattaché der finnischen Botschaft, Eric Woldemar Viralt ein.

Dieser war ein Freund ihres Sohnes und erheblich jünger als sie. Ein gemeinsamer Haushalt, so heißt es in einer eidesstattlichen Erklärung vom 14. Dezember 1952, habe nie bestanden und die Ehe sei 1950 geschieden worden.

Seit dem Jahr 1947 lebte die Witwe Ruer in der Gemeinde Eslo in Finnland, wo ein Sohn als Diplom-Ingenieur tätig war; der andere Sohn war nach Brasilien ausgewandert. Frau Ruer litt an einem Lungentumor und Depressionen und war auf Heilkuren angewiesen. Nachdem ihre Ersparnisse aufgebraucht waren, wandte sie sich im Dezember 1952 um Unterstützung an die Stadt Bochum. Doch

dort waren bei einem Bombenangriff im Frühjahr 1945 alle Meldedateien vernichtet worden, so dass Auskünfte aus früheren Zeiten nicht erstellt werden konnten. Vermögensverwalter Fritz Brinkmann mühte sich vergebens um finanzielle Leistungen. Alle Anträge wurden aus formalen Gründen abgelehnt. Aus „menschlichem Entgegenkommen“ und „sozialer Verpflichtung“ beschloss der Personalausschuss der Stadt Bochum am 2. März 1953 „aus Billigkeitsgründen bis auf Weiteres 75 Prozent des jeweiligen gesetzlichen Witwengeldes als Unterhaltsbeitrag“. Der Beschluss wurde von der Stadtvertretung am 26. März 1953 bestätigt. Doch die Witwe Ruer kam nicht mehr in den Genuss dieser Leistung, sie starb am 29. März 1953 einsam und verarmt in Helsinki.

Otto Ruer war in Kiel nur sechs Jahre seiner gewählten Amtszeit tätig. Im Oktober 1920 erfolgte eine Berufung in das Reichsministerium des Innern. Ruer schied im Dezember des Jahres aus den Diensten der Stadt Kiel und wurde als Ministerialrat im Ministerium, Abteilung für Politik und Verfassung angestellt.

Anwalt

Doch obwohl Ruer im Ministerium anerkannt und auch sehr zügig befördert worden war, wurden seine Erwartungen nicht erfüllt. Ein „selbstständiges Arbeitsgebiet“ - wie von Reichsminister Koch in Aussicht gestellt - wurde ihm vom Reichsminister des Innern, Dr. Jahres, nicht übertragen. Die "Personal-Abbau-Verordnung" vom 27. Oktober 1923 führte zu personellen Sparmaßnahmen und machte jede Hoffnung auf weitere Beförderung zunichte. So ließ er sich im März 1924 beurlauben und beantragte seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin.

In der Presse, so im „Berliner Tageblatt“ vom 15. März 1924 wurde unter der Überschrift „Sparmaßnahmen gegen die Republik“ über die politische Gesinnung von Ruer spekuliert und behauptet, er sei wegen „ungenügender Leistungen“ abgebaut worden. Ruer verwahrte sich in einem Leserbrief gegen diese Unterstellungen und stellte fest: "Mein Ausscheiden ist mit meiner vollen Zustimmung und auf meinen ausdrücklichen Wunsch erfolgt."

Von März 1924 bis zum Dezember des Jahres war Dr. Otto Ruer in einer Gemeinschaftspraxis mit dem ehemaligen Reichsminister des Innern, Erich Koch, dem Wirtschaftsführer Dr. Hermann Fischer und Dr. Heinrich Friedländer, der sich auch schriftstellerisch mit Kartellrechtsfragen auseinandersetzte, als Anwalt tätig.

Wahl in Bochum

Im Oktober 1924 wählte die Bochumer Stadtverordnetenversammlung den Ministerialrat Dr. Otto Ruer aus Berlin für die gesetzlich vorgeschriebene Dauer von 12 Jahren zum Oberbürgermeister der Stadt Bochum.

Die Wahl am 31. Oktober fand unter der Leitung von Oberbürgermeister Graff statt. Im ersten Wahlgang erhielt Ruer 17 Stimmen, die Mitbewerber Bochums Bürgermeister Dr. Geyer 15 Stimmen, Beigeordneter Dr. von Hansemann aus Neuß 7 Stimmen und der Bochumer Stadtbaurat Diefenbach 1 Stimme.

Auch der zweite Wahlgang ergab das gleiche Stimmenergebnis. In der Stichwahl wurde dann Dr. Ruer mit 19 Stimmen gegen 16 Stimmen für Bürgermeister Dr. Geyer gewählt. Gegen das Ergebnis wurde in der Sitzung heftig opponiert. So beklagte das Zentrum, dass alle bisherigen Oberbürgermeister evangelisch gewesen seien, obwohl doch die Mehrheit der Bevölkerung katholisch sei, außerdem stelle die Partei mit 15 von 52 Sitzen die stärkste Fraktion. Jetzt sei wiederum ein evangelischer Bewerber gewählt worden. Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Diekamp legte aus Protest sein Amt nieder.

Doch die Wahl war gelaufen und wurde am 23. November 1924 durch des preußische Innenministerium bestätigt. Am 26. Januar 1925 führte Regierungspräsident König (Arnsberg) Dr. Otto Ruer in sein Amt ein und überreichte ihm die Ernennungsurkunde.

Trotz des knappen Ergebnisses war die Wahl von Dr. Otto Ruer zum Oberbürgermeister der Stadt Bochum eine gute Entscheidung. "Der parteilose Otto Ruer, der der Deutschen Demokratischen Partei nahe stand und sehr wirtschaftsfreundlich eingestellt war", so urteilt Johannes Volker Wagner in seinem Buch "Hakenkreuz über Bochum", "zeigte sich als ein energischer, kraftvoller und selbstbewusster Leiter

der städtischen Geschicke. Er versuchte, das wirtschaftlich aufstrebende Bochum mit Tatkraft zu einer echten Großstadt zumachen."

Zeitzeugen

Kurt Dörnemann, Bochumer Journalist und Theaterhistoriker (geb. 1913) erinnert sich an Oberbürgermeister Dr. Ruer: "Er imponierte mir gewaltig, wenn er in der Stadtverordnetensitzung, einem Parlamentsgegner antwortend, aus seiner Mappe ein Aktenstück zog und es auf den Tisch beziehungsweise dem Rebellen um die Ohren knallte." (Aus "Mein Bochum der frühen Jahre")

Ähnliche Erinnerungen hat auch Alfred Salomon, Bochumer Jude, Überlebender von Auschwitz und Mitbegründer der jüdischen Gemeinde in Bochum nach 1945, der als Kind mit seinem Vater den Oberbürgermeister in seinem Amtszimmer besuchte und von der "mächtigen Ausstrahlung beeindruckt war, obwohl Otto Ruer doch von kleiner Gestalt war."

Der energische und entschlossene Führungsstil des neuen Oberbürgermeisters, der ihm gelegentlich auch den Vorwurf "autoritär" oder "kleiner Napoleon" eintrug, blieb nicht ohne Erfolge. So berichtet der SPD-Stadtverordnete Philipp Sommerlad, dem konservativ eingestellten OB politisch keineswegs sonderlich gesonnen:

"Es wurden neue Straßen, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze, Freibäder für die arbeitende Bevölkerung geschaffen. Neue Verwaltungsgebäude und Schulen entstanden. Durch den Bau eines Milchhofes wurde erreicht, dass die Kindersterblichkeit zurückging. Das Berufs- und Gewerbeschulwesen erfuhr durch die Einrichtung von Fachklassen sowie die Schaffung einer Mädchenberufs- und Haushaltsschule eine zeitgemäße Förderung. Städtische Orchester, Gemäldegalerie, Museum, Verwaltungsakademie und vieles mehr an gemeinnützigen Einrichtungen wurde geschaffen."

Leistungen

Bereits einen Monat nach Amtsantritt bekundete Dr. Ruer in einem Brief an Professor Dr. Bruck in Münster das "rege Interesse an einer Errichtung einer Verwaltungsakademie für den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk in Bochum" und begründete diesen Wunsch mit dem Verweis auf die "zentrale Lage, günstige Verkehrsverhältnisse, geeignete Lehrkräfte und die Belastung der Beamten durch die wöchentlichen Eisenbahnfahrten".

Am 31. Oktober 1925 wurde die "Westfälische Verwaltungsakademie", Abt. Industriebezirk Münster, in Bochum feierlich eröffnet. Als erste Verwaltungsakademie in Deutschland konnte sie drei Jahre später ein eigenes Haus beziehen.

In seinem Grußwort zur Einweihung des neuen Hauses am 14. Dezember 1928 erklärte OB Dr. Ruer u. a.: "Das freiwillig übernommene Opfer betrachtet die Stadt als eine produktive Ausgabe für ihre Kulturbestrebungen, unter denen neben der allgemeinen Pflege von Kunst und Wissenschaft die Beamtenfortbildung einen ersten Platz einnimmt."

Der Kultur galt ein besonderes Engagement von Dr. Otto Ruer. Er hatte in Wilhelm Stumpf, der bereits 1904 zum besoldeten Stadtrat seiner Vaterstadt Bochum gewählt worden war, einen ebenso engagierten wie qualifizierten und zuverlässigen Fachmann.

Stadtrat Stumpf, der keiner Partei angehörte, hatte ein Ziel: Der jungen Industriestadt Bochum das Gesicht einer Kulturstadt zu geben. Mit Erfolg.

In den Jahren 1914/1915 hatte Stumpf das private Apollo-Theater erworben, es umbauen lassen und am 30. Dezember 1915 - mitten im Ersten Weltkrieg - das Bochumer Schauspielhaus eröffnet. Die Einstellung von Saladin Schmitt, der 30 Jahre lang das Bochumer Theater prägte, Gründung und Förderung des Städtischen Orchesters, der Stadtbücherei, der Städtischen Gemäldegalerie (heute Kunstmuseum), der Volkshochschule, des Stadtarchivs wie der Singschule zählen zu den Leistungen von Wilhelm Stumpf.

Er fand in Oberbürgermeister Dr. Ruer volle Unterstützung. In seiner Etatrede am 23. April 1926 hatte der OB begründet: "Es ist selbstverständlich, dass wir Städte im Industriegebiet nicht nur öde Steinwüsten mit Rauch und Russ sein können, dass wir die besondere Pflicht gerade für die arbeitende Bevölkerung haben, für Stätten der Kunst und Bildung zu sorgen."

Dem Einsatz von Dr. Ruer und Stadtrat Stumpf ist es auch zu verdanken, dass 1927 in Bochum die erste Deutsche Shakespeare-Woche stattfand, in der alle Königsdramen aufgeführt wurden. Diese Shakespeare-Woche verbunden mit einer Tagung der Shakespeare-Gesellschaft, die 1864 in Weimar gegründet worden war und später während des Zweiten Weltkrieges ihren Sitz in Bochum hatte, wurde, wie sich Kurt Dörnemann erinnert "als ein bühnengeschichtliches Ereignis von ungewöhnlichem Rang gerühmt."

Wie viele andere deutsche Städte hatte auch Bochum im Jahr 1926 ein besonderes Problem: Die Anleihefrage. "Zum Zwecke der Bestreitung von Kriegswohlfahrtsausgaben," wie es offiziell hieß, hatte die Stadt im Sommer 1917 in der Schweiz eine Anleihe von 10 Millionen Mark (etwa 12,3 Mio. Franken) aufgenommen. Die Rückzahlung sollte im Februar 1927 fällig sein. Doch Bochum war ebenso zahlungsunfähig wie Dortmund, Krefeld, Flensburg, Heidelberg, Karlsruhe, Nürnberg oder Freiburg, um nur einige der Schuldenstädte zu nennen. Der kommunalpolitisch erfahrene Otto Ruer wurde zum Verhandlungsführer bestellt. In äußerst schwierigen internationalen Verhandlungen mit Schweizer Gläubigern unter der Beteiligung von Reichsbank und Reichsregierung konnte er schließlich ein beachtliches Ergebnis vorweisen. Im Züricher Abkommen vom 9. August 1926 wurden nicht nur erhebliche Erleichterungen für die belasteten Städte erzielt, sondern auch die Restlasten der Valutaverpflichtung auf zehn Jahre verteilt.

Allein Bochum wurden im Jahre 1927 zwei Millionen Mark erlassen.

Dr. Otto Ruer darf sicher zu den führenden Kommunalpolitikern seiner Zeit gezählt werden. Während seiner gesamten Dienstzeit in Berlin wie Kiel und Bochum hat er sich immer wieder auch in schriftlichen Beiträgen mit der Rolle der Städte und ihren Aufgaben und Zuständigkeiten auseinandergesetzt. Das Verzeichnis des Deutschen Städtetages weist Dr. Ruer als gewählten Delegierten der Jahreshauptversammlungen in Breslau (1928) und Frankfurt am Main (1929) des kommunalen Spitzenverbandes aus.

Ein Thema von besonderer politischer Brisanz war die Eingemeindungspolitik. Bereits Anfang 1919 hatte Oberbürgermeister Graff umfassende Eingemeindungsabsichten der Stadt- Bochum angekündigt und sie mit "Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Stadt" begründet. (Marco Rudzinski in: Bochum und das Ruhrgebiet). Otto Ruer nahm sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit dieses Themas an. Schon im Februar 1925 fand auf seine Einladung eine erste vertrauliche Zusammenkunft mit Vertretern der Industrie statt. Als Gründe für die Eingemeindung wurden vor allem die aus der kommunalen Zersplitterung entstehenden Belastungen der Unternehmen angegeben. So seien die Steuersätze in den Einzugscommunen unterschiedlich hoch, zudem würde Unternehmensplanung durch die Zuständigkeit zu vieler Communen erschwert. (Jörg Balthasar: "Eingemeindungspolitik und Verwaltungsorganisation"). Die Aktivitäten von Dr. Ruer stießen in den Nachbarstädten auf Misstrauen und in den betroffenen Communen auf heftige Ablehnung. Doch der "Bochumer Ruerkampf" (Jörg Balthasar) war zumindest teilweise erfolgreich. Nach dem preußischen Gesetz über die Neuordnung kommunaler Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk vom 26. Februar 1926 wurden die Orte Hordel, Riemke, Bergen, Weitmar, Altenbochum sowie Teile anderer Communen der Stadt Bochum zugeordnet. Von der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bochum, deren Hauptgeschäftsführer der einflussreiche DVP-Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo mit Ruer eng befreundet war, wurde die großzügige Lösung im Juni 1926 einstimmig begrüßt.

Bochum wird "braun"

Der Streit um die Gebietsreform hatte Spuren hinterlassen.

"Enttäuschung und Verbitterung führten", so Volker Wagner, zu "einem erheblichen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die demokratischen Parteien. Und schließlich gelang es hier zum ersten Mal der NSDAP, Enttäuschungen und Missstimmungen für ihre Ziele auszunutzen. Nach der Kommunalwahl vom 17. November 1929 saßen fünf nationalsozialistische Abgeordnete im Bochumer Stadtparlament; andere Parteien hatten Stimmverluste hinnehmen müssen."

Der Einzug ins Bochumer Rathaus war für die NSDAP ein besonderer Erfolg, denn in dieser Stadt gab es bereits "seit 1921 Sturmabteilungen der NSDAP, zu deren Aufgabe neben dem Saal- und Versammlungsschutz der Partei auch die Demonstration der Schlagkraft der Partei durch Aufmärsche und blutige Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern gehörte." (Chronik des Ruhrgebiets). So entstand in Bochum 1925 das SA-Regiment Ruhr, eine der ersten paramilitärischen Kampfgruppen der NSDAP im Ruhrgebiet, das 1926 schon 60 Mitglieder zählte.

Bereits am 15 Juni 1926 besuchte Adolf Hitler als eine der ersten Ruhrgebietsstädte Bochum, um dort eine Rede zu halten. In der "Chronik des Ruhrgebiets" wird dazu berichtet: "Hitler hatte nach einem versuchten Staatsstreich im November 1923 eine Haftstrafe verbüßen müssen und beginnt nun, die Schar seiner Anhänger wieder um sich zu sammeln. Die Versammlung musste als Mitgliederversammlung aufgezogen werden, weil dem Führer durch den preußischen Innenminister das öffentliche Auftreten verboten war. Deshalb wurden alle, die an der Kasse erschienen, sogleich in die NSDAP aufgenommen. Ein Polizeibericht über die Veranstaltung im evangelischen Gemeindehaus, an der neben Hitler auch Goebbels teilnimmt, schätzt die Teilnehmerzahl auf etwa 1000 Personen. Hitler spricht davon, dass keiner die nationalsozialistische Bewegung aufhalten könne und erklärt, er sehe die Stadt Bochum zum ersten Mal und sei erstaunt, hier eine derartige Sympathie für den Gedanken der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Bewegung zu finden."

Bochum, so muss man feststellen, zählte zumindest im Revier zu den Hochburgen der Nationalsozialisten, was sich auch in den Wahlergebnissen zeigte. Bei den Reichstagswahlen 1930 wurde die NSDAP hinter der SPD (20,1 %), dem Zentrum (19,8 %) und der KPD (19,4%) mit 17,6 % viertstärkste Partei. Zwei Jahre zuvor hatte ihr Anteil lediglich bei 2,3 % gelegen. Bochum wurde zudem von den Nationalsozialisten auch zur Gauhauptstadt von Westfalen-Süd gemacht, was ihnen besonders gute Voraussetzungen für Partei- und Wahlagitation bot.

Diffamierung

Der Oberbürgermeister Dr. Otto* Ruer, von Geburt Jude und ein aufrechter Demokrat, war den Nazis besonders verhasst. Sie versuchten, schon sehr früh ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen. In den öffentlichen Ratssitzungen hatten sie trotz heftiger verbaler Attacken gegen den korrekten und versierten Kommunalfachmann keine Chance. Obwohl auch die anderen Parteien den OB wegen seiner vermeintlichen "Industriefreundlichkeit", (SPD) und angeblichen "sozialen Kälte" (KPD) mehr kritisierten als unterstützten, genoss der Oberbürgermeister dank seiner erfolgreichen Stadtpolitik in der Öffentlichkeit großes Ansehen.

Wie in anderen Städten auch starteten die Nationalsozialisten in Bochum breitangelegte Diffamierungskampagnen. Mit Vorwürfen, Beleidigungen und Verunglimpfungen wollten sie das Image des OB zerstören. Dazu nutzten sie die eigenen oder ihnen nahestehende Zeitungen. So warf der Redakteur Karl Kaufmann, auch Abgeordneter des preußischen Landtages, in der Zeitung "Die neue Front" dem Oberbürgermeister die "Bevorzugung jüdischer Firmen beim Rathausneubau", "privaten Missbrauch des Dienstautos" und allgemeine "Verschwendungssucht" vor, kritisierte die Reisen des OB in die Schweiz zur Abwicklung der Valutaanleihen als "Lustreisen" und polemisierte gegen seine Abstammung und Familie. Gipfel der Kampagne waren die Artikel "Der Diktator von Bochum" (8. Oktober 1928) und "Die Juden in Bochum" (23. November 1928). Besonders perfide war die Behauptung, der OB schweige zu allem und verteidige sich nicht.

Tatsächlich hatte Dr. Ruer mehrfach allerdings vergeblich versucht, sich mit Richtigstellung, Leserbriefen und Gegendarstellungen zu wehren. Die Zeitung nahm nichts an. So erstattete der OB am 21. Januar 1929 Strafantrag wegen Beleidigung. Doch der preußische Landtag versagte zunächst eine "Genehmigung zur Strafverfolgung des Mitglieds Karl Kaufmann".

Erst in der Sitzung am 25. April 1929 wurde nach eindrucksvoller Berichterstattung durch den SPD-Abgeordneten Kuttner die Immunität des Abgeordneten und Redakteur Kaufmann aufgehoben. Aber auch die Justiz war zögerlich. Sechs Termine ohne Angeklagten wurden vertagt, weil "keine Genehmigung zur Vollziehung eines Vorführungs- oder Haftbefehls" vorliege. Erst am 30. April 1931 verurteilte das erweiterte Schöffengericht Kaufmann wegen "übler Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung in zwei Fällen" zu einer Geldstrafe von 500 Reichsmark. Die Berufung des Angeklagten und des Staatsanwaltes wurde vom Landgericht Essen (2. November 1931) ebenso verworfen wie die Revision vom 3. Strafsenat des Reichsgerichtes (7. März 1932). Das Verfahren hatte insgesamt fast 3 8 Monate gedauert.

Drohungen

Ein beliebter Punkt der Diffamierung war den Nazis die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters. Die Knappschaftliche Berufsgenossenschaft hatte 1914 für ihren Verwaltungsdirektor Stoecker an der Gudrunstraße 5 eine Villa errichten lassen. Anfang der 20er Jahre ist dieses Haus wohl von der Stadt Bochum übernommen und dem 1925 als Oberbürgermeister gewählten Dr. Ruer als Wohnsitz überlassen worden. In den insgesamt rd. 175 qm großen Wohnräumen im ersten Stockwerk wohnten (Adressbuch der Stadt Bochum 1925) Dr. Otto Ruer, Maria Thielitz, Witwe und Hulda Müller, Köchin. Zum Haus gehört ein großer Garten mit einem zweiten kleinen Haus, in dem der OB-Fahrer Wilhelm Halberschmidt wohnte.

Das Erdgeschoss mit etwa 180 qm großen Gesellschaftsräumen nutzte OB Dr. Ruer in Ermangelung anderer Möglichkeiten als Repräsentationsräume. Um der aufstrebenden Industriestadt mehr Bedeutung zu verschaffen, war es dem OB gelungen, wichtige Tagungen und Kongresse wie beispielsweise die Shakespeare-Tage sowie Verkehrs- oder Sparkassenkonferenzen nach Bochum einzuladen. Doch es fehlten zu der Zeit noch geeignete Empfangsräume. Nur deshalb nutzte Dr. Ruer das Erdgeschoss seines Wohnhauses, das er auch entsprechend hatte herrichten lassen. Die Ausgaben dafür nutzten die Nazis, um dem OB "Vergeudung städtischer Mittel" und "Verschwendungssucht" vorzuwerfen. Eine Diffamierung, mit der sie Neid und Missgunst zu schüren wussten. Doch die Nationalsozialisten beließen es nicht bei verbalen Attacken. Versammlungen politischer Parteien wurden gestört, Truppen der SA beleidigten und pöbelten in aller Öffentlichkeit und zettelten Schlägereien an. Drohungen gegen den Oberbürgermeister wurden offener und massiver. Zum Schutz ließ Dr. Ruer Gitter an den Fenstern seines Hauses anbringen.

Ehemalige Nachbarn erzählten, dass er sich aus Furcht vor pöbelnden Straßenhorden gelegentlich in einem Versorgungsschacht im Garten seines Hauses versteckte.

Das Haus an der Gudrunstraße ist seit 1993 im Privatbesitz. Es war nach der Absetzung des Oberbürgermeister Dr. Ruer in den Jahren 1934/35 umgebaut und als allgemeiner Wohnraum genutzt worden. Die neuen Besitzer haben es sehr engagiert und liebevoll restauriert. Inzwischen steht es unter Denkmalschutz und ist - obwohl öffentlich nicht zugänglich - eine in Stein gesetzte Erinnerung an einen herausragenden Kommunalpolitiker.

Mit der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg am 29. Januar 1933 begann die Machtergreifung der NSDAP. Der Reichstagsbrand, der - obwohl nie bewiesen - als kommunistische Brandstiftung bezeichnet wurde, bot Anlass zu einer "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat". Damit wurden Grund- und Verfassungsrechte außer Kraft gesetzt. Mit Gewalt und Terror gegen politische Gegner versuchten die Nazis ihre Macht zu festigen, Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte der NSDAP zwar nicht die erhoffte absolute Mehrheit, doch konnten sie in Bochum mit 36,3 Prozent der abgegebenen Stimmen das zweitbeste Ergebnis im Revier erzielen. Nur in Mülheim lag der Anteil mit über 40 Prozent noch höher.

Absetzung

Wie in vielen anderen Städten gab es auch in Bochum am Tag nach der Wahl zahlreiche Kundgebungen und Siegesfeiern der Nazis. Auf öffentlichen Gebäuden aber auch Kaufhäusern und der Synagoge wurden Hakenkreuzfahnen gehisst. Oberbürgermeister Dr. Ruer ließ die ohne Wissen der Behörden aufgezugene Fahne vor dem Rathaus wieder entfernen. Weil sich große Teile der Bevölkerung noch über die Verletzung privater Eigentumsrechte erregte, behaupteten die Nazis, Saboteure und Spitzel hätten die Fahnen gehisst.

Doch wenige Tage später zur Kommunalwahl gab es für die Nationalsozialisten keine Hemmungen mehr. Schon am Samstag vor der Wahl marschierten SA-Gruppen zum Rathaus, zogen erneut ihre Fahnen auf und besetzten die Eingänge.

In seinem Buch "Hakenkreuz über Bochum" zitiert Volker Wagner dazu aus der nationalsozialistischen Zeitung "Rote Erde".

"Kreisleiter Riemenschneider und Standartenführer Voß begaben sich in das Dienstzimmer des Oberbürgermeisters Ruer und verlangten von ihm die sofortige Niederlegung seiner Amtsgeschäfte, andernfalls er im Interesse seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden müsse." Und weiter Wagner: "Die Nationalsozialisten hatten dafür gesorgt, dass auch von draußen, von einer "großen Menschenmasse", die Absetzung des Oberbürgermeisters stürmisch verlangt wurde: Dr. Ruer blieb schließlich nichts anderes übrig, als der Gewalt zu weichen: Um Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten, legte er sein Amt nieder."

Die ehemalige Sekretärin des Oberbürgermeisters, Margarete Müller, erinnerte sich nach Berichten ihrer Nichte so: die Nazis seien mit dem Ruf "jetzt holen wir uns den Rür" in das Büro des OB gestürmt. Dabei hätten sie bewusst das Schimpfwort "Rür" (Hund, Köter) benutzt.

Zwei Tage später wurde Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer wie einige seiner Amtskollegen in Nachbarstädten durch den Regierungspräsidenten in Arnsberg "vorläufig suspendiert". Noch am gleichen Tag reiste er nach Berlin und bezog dort ein Zimmer im Hotel "Bristol", an der Straße "Unter den Linden" 5/6.

Doch den Nazis reichte der "Amtsverzicht" nicht, sie wollten den OB auch persönlich und moralisch vernichten und fanden dazu willige Helfer.

Mit Schreiben vom 18. März 1933 teilte der kommissarische Regierungspräsident (gezeichnet von Stockhausen) der Stadt mit:

"Von Seiten der NSDAP wird vielfach der Wunsch ausgesprochen, Einblicke in gewisse Akten der städtischen Verwaltung zu erlangen. Da über oft weit zurückliegende Vorgänge der Verwaltung in der gegenwärtigen von nationaler Bewegung erfüllten Zeit Gerüchte der verschiedensten Art, die häufig für die Verwaltung nachteilig sind, umherschwirren, halte ich es für zweckmäßig, dem Wunsch der örtlichen Leitung der NSDAP, Einblick in die Akten zu erhalten, zu willfahren." Über Regelungen solle man sich mit dem Gauleiter Wagner in Bochum in Verbindung setzen.

Zehn Tage später, am 28. März, wurde per Funkspruch aus Arnberg mitgeteilt, dass der Minister des Innern Dr. Otto Piclum, Bochum, Herner Straße 79, zum Staatskommissar bestellt habe. Piclum, so hieß es weiter, habe den Auftrag, rückwirkende Vorgänge zu prüfen, das Recht an allen Sitzungen teilzunehmen und der Magistrat habe nur im Einvernehmen zu handeln.

Vernichtung

Der Staatskommissar, 34 Jahre alt und bisher Chefredakteur der NS-Zeitung "Rote Erde", wurde schnell aktiv. Schon am Tag nach seiner Ernennung ordnete er in einem Schreiben an alle Dezernenten, Hilfsdezernenten und Dienststellen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses an, dem Einsicht in alle Akten, jede Auskunft und volle Unterstützung zu gewähren sei und der ihn persönlich zu informieren habe. Per Anweisung an die Stadtkasse, wurde die Einstellung aller "Gehalts-, Ruhegehalts- oder sonstiger Zahlungen" an Oberbürgermeister Dr. Ruer sowie weitere Führungskräfte verfügt. Zugleich teilte Piclum weiteren Mitarbeitern im Rathaus mit: "Hiermit enthebe ich Sie mit sofortiger Wirkung Ihres Amtes."

In einer Veröffentlichung für die Tagespresse vom 29. März 1933 wurde informiert, dass ein Untersuchungsausschuss eingerichtet sei und "gleichzeitig Vorsorge getroffen, dass die als Nutznießer des vergangenen Systems im Bereich der Stadtverwaltung noch vorgefundenen als 'Parteibuchbeamte' der Öffentlichkeit bekannten Personen mit sofortiger Wirkung ihrer Bezüge verlustig gehen".

Bei der zunächst allgemein vorgenommenen Prüfung habe sich ein "ungeheuerliches Tatsachenmaterial über die Verschwendung städtischer Gelder ergeben."

Die "vorläufige Sperrung der Zahlung an Ruer" wurde zwar per Funkspruch aus Arnberg "bis zur endgültigen Regelung aufgehoben", weil, "ungesetzlich", doch die Diffamierungskampagne gegen den OB lief brutal weiter.

Am 2. April 1933 wurde wieder per "Veröffentlichung für die Presse" mitgeteilt, das Ergebnis des Untersuchungsausschusses sei "eine einzige Anklage gegen die bisherige Leitung der Stadt und dokumentiert, wie Herr Oberbürgermeister Dr. Ruer gewirtschaftet hat". Ihm seien nicht nur unkorrekte Amtsführung, sondern in zahlreichen Fällen Vergeudung städtischer Mittel und sogar Verwendung städtischer Mittel für private Zwecke vorzuwerfen.

"Einige Proben" dieser Vorwürfe wurden am 7. April der Presse mitgeteilt, weil die "Öffentlichkeit ein Recht hat, zu erfahren, wie mit städtischen Geldern gewirtschaftet wurde." Auf den folgenden Seiten dieser umfangreichen Pressemitteilung wird behauptet, dass die Repräsentationskosten der Stadt seit Amtsantritt des Oberbürgermeisters Dr. Ruer gestiegen, nicht verbrauchte Mittel ohne Kontrolle übertragen worden, Mittel zur Unterhaltung städtischer Dienstgebäude für die OB-Wohnung eingesetzt und "missbräuchlich" Zahlungen für Autoschutzkleidung des Fahrers, für Gas-, Strom- Wasserrechnungen sowie für Einrichtungen in der Wohnung geleistet worden seien.

Verhaftung

Oberbürgermeister Dr. Ruer versuchte sofort, allerdings vergeblich, sich gegen diese öffentlichen Angriffe zu wehren. Obwohl er sehr detailliert auf 12 Seiten zu jedem einzelnen Vorwurf Stellung nahm, blieb seine Darstellung unbeachtet. Auch ein Brief aus dem Hotel Bristol vom 9. April 1933, in dem er bittet "mich von diesen Vorwürfen zu rechtfertigen" und weiter beantragt "über die erhobenen Anschuldigungen" vernommen zu werden, wurde nicht beantwortet. Die Nazis wollten ihn vernichten.

"Auf Betreiben des neuen Staatskommissars für Bochum, Dr. Piclum, wurde Mitte April 1933 Haftbefehl gegen Otto Ruer erlassen. Ruer wurde unter erniedrigenden Umständen im Hotel Bristol in Berlin, wo er sich gerade aufhielt, verhaftet und in einem Sammeltransport in das Gefängnis des Bochumer Amtsgerichts gebracht. Nach einem Monat Untersuchungshaft wurde er wieder entlassen; Dienstvergehen konnten ihm nicht nachgewiesen werden." (Aus: Volker Wagner, Hakenkreuz über Bochum)

Am 11. Mai forderte die NSDAP-Fraktion der Stadtverordneten-versammlung in einem Antrag an den Regierungspräsidenten- Arnsberg, "die Stelle des Staatskommissars in die Stelle eines kommissarischen Oberbürgermeisters umzuwandeln" und begründete dies, weil "dem energischen Vorgehen und den durchgreifenden Maßnahmen des Herrn Dr. Piclum ist es zu verdanken, dass die unerhörte Misswirtschaft in der Stadt Bochum in kurzer Zeit aufgedeckt wurde und eine Anzahl der leitenden Beamten, darunter auch der OB mit sofortiger Wirkung ihres Amtes enthoben worden sind." Um die Verwaltung wieder in "geordnete Bahnen" zu bringen und "größere Vollmacht zu erteilen", sollte die Stelle umgewandelt werden. Unverhohlen fordert die NS-Fraktion weiter: "Auch angesichts der Tatsache, dass die freigewordenen Stellen der leitenden Beamten mit geeigneten Persönlichkeiten aus unseren Reihen bald zu besetzen sind, wird dringendst gebeten, unserem Antrag zu entsprechen.

Dr. Otto Leopold Piclum wurde am 15. Mai 1933 zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt und im Juli des Jahres von der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Tod

Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer, der lange vergebens um seine Rehabilitation gekämpft hatte und dabei auch in Bochum wenig Unterstützung fand, war ein "gebrochener Mann" (Volker Wagner). Vermutlich hatte er schon seit längerer Zeit den Entschluss gefasst, nach Wiederherstellung seiner Ehre aus dem Leben zu scheiden. Dr. Ruer starb am 29. Juli 1933 einige Tage nach einer Vergiftung (Einnahme von Veronaltabletten) in seiner Berliner Wohnung an der Landgrafenstraße 12 und wurde am, 3. August auf dem Krematoriumsfriedhof am Fehrbelliner Platz beigesetzt. In einer kleinen Notiz, die auch der Presse nur eine kurze Meldung wert war, zeigte der Polizeipräsident in Bochum am 1. August 1933 an, dass "Dr. Ruer in Berlin am 29. Juli nachmittags gegen fünfeinhalb Uhr verstorben" sei.

Das Dienststrafverfahren in Bochum, in dem er von Direktor Franzjosef Müser verteidigt wurde, ging zu seinen Gunsten aus. Am 31. Juli 1933, zwei Tage nach seinem Tod, wurde Dr. Otto Ruer unter Gewährung einer Pension endgültig in den Ruhestand versetzt.

"Die Nachricht von seiner Rehabilitierung hat ihn nicht mehr erreicht". (Volker Wagner)

Nachwort

Die Beschäftigung mit dem Leben von Dr. Otto Ruer ist eine ebenso spannende wie mühsame Sucharbeit. Obgleich das Stadtarchiv Bochum über vielfältige Dokumente und Unterlagen verfügt, fehlt bisher ein lückenloses Lebensbild dieses bedeutenden Kommunalpolitikers. Personalakten sind wohl in Münster wie Kiel und Bochum durch Kriegseinwirkungen vernichtet worden. Eine umfangreiche Akte im Bundesarchiv in Berlin enthält - überwiegend handschriftlich verfasst - aus dem Bestand des ehemaligen Reichsministerium des Innern u. a. nur Teil-Lebenslauf, Beurteilungen, Anträge und Pensionsansprüche.

Der Hinweis, dass sich der gebürtige Jude habe später evangelisch taufen lassen, konnte bisher nicht belegt werden. Obwohl Dr. Ruer engen Kontakt zu Wirtschafts- und Industriekreisen hatte und mit dem IHK-Syndikus Hugo eng befreundet war, gibt es in Wirtschaftsarchiven kaum einen Hinweis auf den OB. Es ist auch zu vermuten, dass nach der Vertreibung des Oberbürgermeisters Dr. Ruer aus dem Amt und seinem späteren Freitod Unterlagen beseitigt wurden. Die Nazis wollten seine völlige Vernichtung. Da Otto Ruer wohl nur kurze Zeit Mitglied der DVP, im übrigen aber parteilos war, haben auch die Parteihistoriker ihm bisher wenig Beachtung geschenkt.

Es wäre ein verdienstvolles Anliegen, wenn Historiker und Wissenschaftler sich intensiver mit dem ehemaligen Bochumer Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer befassen würden.

Verdient hätte er es allemal.

Benutzte Quellen zu:

Dr. Otto Ruer: "Ein Leben für die Kommunalpolitik"

- Stadtarchiv Bochum
- Presseamt der Stadt Bochum
- Johannes Volker Wagner: "Hakenkreuz über Bochum", Studienverlag Dr. Brockmeyer 1983
- Johannes Volker Wagner (Hg.): "Das Stadtarchiv", Klartext Verlag, Essen, 2004
- Jürgen Mittag/Ingrid Wölk (Hg.): "Bochum und das Ruhrgebiet", Klartext Verlag, Essen 2005
- Bodo Harenberg (Hg.): "Chronik des Ruhrgebiets", Chronik-Verlag, Dortmund 1987
- Kurt Dörnemann: "Mein Bochum der frühen Jahre", Brockmeyer-Verlag, Bochum 2004
- Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Ltr. Dr. Ellerbrock, Märkische Straße 120, 44141 Dortmund
- Landesarchiv NRW Staatsarchiv Münster, Bohlweg 2, 48147 Münster
- Kieler Stadtarchiv, Ltr. Archiv- und Museumsdirektorin Dr. Doris Tillmann, Rathaus, Fleethörn 9, 24103 Kiel
- Bundesarchiv, Finkensteinallee 63, 12205 Berlin
- Bibliothek des Deutschen Städtetages Keine Unterlagen vorhanden (lt. telefonischer Auskunft):
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12-13, 14195 Berlin
- Landesarchiv Berlin
- Befragte Zeitzeugen: Kurt Dörnemann, Alfred Salomon, Alt-Superintendent Wehrbeck, weitere Angaben: Anel Imhäuser, Dr. Hans Hanke, Clemens Kreuzer



HIER WIRKTE
DR. OTTO RUER
JG. 1879
OBERBÜRGERMEISTER
1925 – 1933
FLUCHT IN DEN TOD

Bitte drücken Sie die
Taste **Esc** auf Ihrer Tastatur
zum Beenden der Vollbildanzeige...

Bochum
1939



Dr. Otto Ruer



Von 1925 bis 1933 bestimmte Dr. Otto Ruer als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt Bochum. Er war, zum Ende der Weimarer Republik, das letzte demokratisch gewählte Bochumer Stadtoberhaupt und wurde von den Nationalsozialisten durch falsche Anschuldigungen und Haft aus dem Amt gedrängt und in den Tod getrieben.

Otto Ruer, am 5. Januar 1879 in Münster geboren, stammte aus einem gutbürgerlichen jüdischen Elternhaus und war das jüngste von drei Kindern. Er studierte in Köln, Berlin und Heidelberg Jura und promovierte in Rostock. Ab 1907 war er als Rechtsanwalt am Berliner Kammergericht zugelassen. Zu seinen weiteren beruflichen Stationen gehörten unter anderem seine Tätigkeiten als Finanzrat der Stadtverwaltung Kiel ab 1914 und als Ministerialrat im Reichsinnenministerium ab 1921. Drei Jahre später wählte ihn die Bochumer Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister. Sein Amt trat er im Januar 1925 an. Er war parteilos, stand aber der Deutschen Demokratischen Partei nahe. Zu seinen Verdiensten gehörte vor allem die Realisierung von sozial-, bildungs-, kultur- und verkehrspolitischen Konzepten. Er galt als herausragender Kommunalpolitiker, das schützte ihn aber nicht vor Anfeindungen. Schon früh, Ende der 1920er-Jahre, wurde er, auch wegen seiner Herkunft, zur Zielscheibe nationalsozialistischer Angriffe.

Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers im Januar 1933 und der in den kommenden Monaten beginnenden Gleichschaltung verschärft sich die Lage für die politischen Gegner des Nationalsozialismus gravierend. Auch Dr. Otto Ruer bekommt dies zu spüren. Die Bochumer NSDAP wirft dem Oberbürgermeister unkorrekte Amtsführung, Verschwendung von öffentlichen Geldern und persönliche Bereicherung vor und erreicht am 11. März seine Amtsenthebung. Ruer flieht nach Berlin, wo er später verhaftet, nach Bochum gebracht und ins Amtsgefängnis überstellt wird. Bis zu seiner Entlassung im Mai 1933 kann die NSDAP ihre Macht weiter ausbauen. In diese Zeit fallen u.a. das Parteienverbot, die Zerschlagung der Gewerkschaften, der Aufruf zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Notare und die Ernennung Adolf Hitlers zum Ehrenbürger der Stadt Bochum. Am 11. Mai wird Otto Ruer aus der Haft entlassen und geht zurück nach Berlin, wo er verzweifelt um seine Rehabilitation kämpft. Wenige Tage später wird der Nationalsozialist Dr. Otto Piclum zum stellvertretenden Oberbürgermeister gewählt. Am 31. Juli stellt der Bochumer Stadtrat das Dienststrafverfahren gegen Ruer ein, weil die Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, haltlos waren. Am 28. Juli 1933 wird Piclum zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Nachdem das Dienststrafverfahren gegen Dr. Otto Ruer eingestellt worden war, versetzte ihn der Bochumer Magistrat am 31. Juli 1933 nachträglich in den Ruhestand und gewährte ihm eine Pension. Die Nachricht von seiner Rehabilitierung erreichte Otto Ruer allerdings nicht mehr.

Am 29. Juli 1933 starb er nach einigen Tagen der Bewusstlosigkeit infolge einer Vergiftung (Freitod) in Berlin.³

**Verlegung des
Stolpersteins
durch
Gunter Demnig
am 31. 05. 2005
auf dem
Rathausplatz
Bochum
mit Pate Alt-
Oberbürger-
meister
Ernst-Otto
Stüber**



Text-Gravur im Stolperstein: **HIER WIRKTE
DR. OTTO RUER
JG. 1879
OBERBÜRGERMEISTER
1925 - 1933
IN DEN TOD GETRIEBEN**

Dr. Otto Ruer (1879 -1933)
Ein Leben für die Kommunalpolitik

(Zusammengestellt von Ernst-Otto Stüber)

Vorwort

An einem regnerischen Montagmorgen im August 2006. Es sind nur wenige Menschen zu dieser Zeit in der City. Auf dem Dr.-Ruer-Platz stelle ich zufällig ausgewählten Passanten drei Fragen:

1. Sind Sie Bochumerin/Bochumer?
2. Kennen Sie den Namen dieses Platzes?
3. Wer war der Namensgeber?

Von den befragten Bochumer Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlichen Alters wissen 69 Prozent den Namen des Platzes, aber nur 14 Prozent kennen Dr. Otto Ruer als ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Bochum.

Das Ergebnis ist keine wissenschaftliche Untersuchung - befragt wurden etwa 150 Personen - aber es belegt dennoch die Unkenntnis über diesen Bochumer Politiker.

Der Platz zwischen Huestraße und Grabenstraße, der nach dem Krieg entstand, trägt seit 1959 den Namen Dr.-Ruer-Platz. Erst 1983, zum 50. Todestag wurde auf dem Platz eine Gedenktafel enthüllt. Zunächst hatte es Diskussionen gegeben, ob eine Gedenktafel an einem der Nachbarhäuser oder ein Obelisk angebracht sei. Schließlich entschied man sich für eine leicht erhöhte Marmorplatte, die in sechs Ausschnitten auf Bronzetafeln Namen und Daten des Namensgebers zeigt. Bei der Enthüllung der Platte am 29. Juli 1983 in einer kleinen Feierstunde in kleinem Kreis sagte Bürgermeister Norbert Withoit (CDU) u.a.:

„Am 20. Juli wird alljährlich der Frauen und Männer gedacht, die sich 1944 mit dem Attentat auf Hitler der nationalsozialistischen Willkür- und Terrorherrschaft entgegenstellten und ihr gesellschaftliches und politisches Engagement mit dem Leben bezahlten.

Weithin in Vergessenheit geraten sind demgegenüber die Bürger, die bereits vor dem 30. Januar 1933 den wahren Charakter und die Absichten Hitlers erkannten und unmittelbar nach der Machtergreifung versuchten, ihn mit dem Instrumentarium eines demokratischen Staates zu bekämpfen.

Zu ihnen zählt der 1925 als Oberbürgermeister nach Bochum berufene Otto Ruer.“

Die folgenden Ausführungen, eine Zusammenstellung bekannter sowie einiger neuer Fakten und Daten, sind der Versuch einer Annäherung an diesen Mann, dem Bochum zweifellos viel zu verdanken hat.

Münster - Berlin

Dr. Otto Ruer wurde am 5. Januar 1879 in Münster (Westfalen) in der Ludgeristraße 92 als drittes Kind der Eheleute Hermann und Berta Ruer geboren. Beide Eltern waren jüdischen Glaubens. Der Vater, 1828 in Meschede geboren, stammte aus einer alten sauerländischen Familie und war wie seine Vorväter als Arzt tätig. Seine Mutter, eine geborene Aronstein (1835) kam aus Telgte im Münsterland. Der Bruder Rudolf, geboren am 30.09.1865 in Ramsbeck (Kreis Meschede), ging 1885 als Student nach Straßburg und wurde anschließend Soldat. Weitere Einzelheiten sind bisher nicht bekannt. Schwester Frieda, geboren am 06.08.1871 in Münster, heiratete 1896 den Kaufmann Alex Lachmann und folgte ihm nach Bremen.

Nach Besuch des Gymnasiums in Münster begann Otto Ruer das Studium der Rechte in Köln, Berlin und Heidelberg. Den Abschluss des juristischen Studiums - beide Examen bestand er mit dem Prädikat „gut“ - machte er an der Universität Rostock. Der Titel seiner Doktorarbeit lautete: „Die sogenannte cessio legis im gemeinen Recht und Bürgerlichen Gesetzbuch“.

Nach Abschluss der "Großen juristischen Staatsprüfung" am 12. Juli 1906 war Otto Ruer unter Beurlaubung aus dem Justizdienst ein halbes Jahr lang als Subsyndikus bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) Berlin tätig. Danach ließ er sich als Rechtsanwalt beim Kammergericht in Berlin nieder und betrieb mehrere Jahre eine gemeinsame Anwaltspraxis mit Justizrat Dr. Julius Magnus, der auch Herausgeber der Juristischen Wochenschrift war.

Kiel

Im Mai 1910 wurde Otto Ruer zunächst als juristischer Hilfsarbeiter, dann als Magistratsassessor auf sechs Jahre in die Verwaltung der Stadt Berlin gewählt. In dieser Stellung war er vorrangig dem Oberbürgermeister Dr. Kirschner und später Oberbürgermeister Wermuth zu besonderen Aufgaben zugeteilt.

Im März 1914 wurde Ruer für zwölf Jahre zum besoldeten Stadtrat in Kiel gewählt. Am 19. Mai 1914 trat er dieses Amt als Finanzrat (heute: Kämmerer) an.

Seine Militärdienstzeit hatte Otto Ruer bereits Anfang 1900 abgeleistet. Im Januar 1910 wurde er Leutnant der Reserve in der Preußischen Armee und 1915 einberufen. Als Oberleutnant nahm er am Krieg teil, wurde verwundet und schließlich auf Reklamation der Stadt Kiel wieder für die Stadtverwaltung tätig. Aus der Armee wurde er 1919 als Hauptmann der Reserve bei der Feldartillerie entlassen.

In seiner Zeit in Kiel reformierte Otto Ruer insbesondere die Verwaltung der Gas- und Elektrizitätswerke und sorgte für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Anfang 1919 wurde er als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung gewählt. Dort kümmerte er sich vor allem um Angelegenheiten der Kommunalpolitik und der kommunalen Rechte.

Ehefrau

In Kiel heiratete Dr. Otto Ruer Alice Lessing, geborene Schuster. Sie stammte aus Frankfurt (geboren am 9. Juli 1882), war die Witwe des verstorbenen Physikers Dr. Albert Lessing und brachte zwei Kinder in die Ehe mit. Nach dem Tod Otto Ruers lebte sie zunächst von bescheidenen Hinterbliebenenbezügen. Um als Jüdin einem drohenden Tod zu entgehen, ging sie im Dezember 1938 eine Scheinehe mit dem Presseattaché der finnischen Botschaft, Eric Woldemar Viralt ein.

Dieser war ein Freund ihres Sohnes und erheblich jünger als sie. Ein gemeinsamer Haushalt, so heißt es in einer eidesstattlichen Erklärung vom 14. Dezember 1952, habe nie bestanden und die Ehe sei 1950 geschieden worden.

Seit dem Jahr 1947 lebte die Witwe Ruer in der Gemeinde Eslo in Finnland, wo ein Sohn als Diplom-Ingenieur tätig war; der andere Sohn war nach Brasilien ausgewandert. Frau Ruer litt an einem Lungentumor und Depressionen und war auf Heilkuren angewiesen. Nachdem ihre Ersparnisse aufgebraucht waren, wandte sie sich im Dezember 1952 um Unterstützung an die Stadt Bochum. Doch

dort waren bei einem Bombenangriff im Frühjahr 1945 alle Meldedateien vernichtet worden, so dass Auskünfte aus früheren Zeiten nicht erstellt werden konnten. Vermögensverwalter Fritz Brinkmann mühte sich vergebens um finanzielle Leistungen. Alle Anträge wurden aus formalen Gründen abgelehnt. Aus „menschlichem Entgegenkommen“ und „sozialer Verpflichtung“ beschloss der Personalausschuss der Stadt Bochum am 2. März 1953 „aus Billigkeitsgründen bis auf Weiteres 75 Prozent des jeweiligen gesetzlichen Witwengeldes als Unterhaltsbeitrag“. Der Beschluss wurde von der Stadtvertretung am 26. März 1953 bestätigt. Doch die Witwe Ruer kam nicht mehr in den Genuss dieser Leistung, sie starb am 29. März 1953 einsam und verarmt in Helsinki.

Otto Ruer war in Kiel nur sechs Jahre seiner gewählten Amtszeit tätig. Im Oktober 1920 erfolgte eine Berufung in das Reichsministerium des Innern. Ruer schied im Dezember des Jahres aus den Diensten der Stadt Kiel und wurde als Ministerialrat im Ministerium, Abteilung für Politik und Verfassung angestellt.

Anwalt

Doch obwohl Ruer im Ministerium anerkannt und auch sehr zügig befördert worden war, wurden seine Erwartungen nicht erfüllt. Ein „selbstständiges Arbeitsgebiet“ - wie von Reichsminister Koch in Aussicht gestellt - wurde ihm vom Reichsminister des Innern, Dr. Jahres, nicht übertragen. Die "Personal-Abbau-Verordnung" vom 27. Oktober 1923 führte zu personellen Sparmaßnahmen und machte jede Hoffnung auf weitere Beförderung zunichte. So ließ er sich im März 1924 beurlauben und beantragte seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin.

In der Presse, so im „Berliner Tageblatt“ vom 15. März 1924 wurde unter der Überschrift „Sparmaßnahmen gegen die Republik“ über die politische Gesinnung von Ruer spekuliert und behauptet, er sei wegen „ungenügender Leistungen“ abgebaut worden. Ruer verwahrte sich in einem Leserbrief gegen diese Unterstellungen und stellte fest: "Mein Ausscheiden ist mit meiner vollen Zustimmung und auf meinen ausdrücklichen Wunsch erfolgt."

Von März 1924 bis zum Dezember des Jahres war Dr. Otto Ruer in einer Gemeinschaftspraxis mit dem ehemaligen Reichsminister des Innern, Erich Koch, dem Wirtschaftsführer Dr. Hermann Fischer und Dr. Heinrich Friedländer, der sich auch schriftstellerisch mit Kartellrechtsfragen auseinandersetzte, als Anwalt tätig.

Wahl in Bochum

Im Oktober 1924 wählte die Bochumer Stadtverordnetenversammlung den Ministerialrat Dr. Otto Ruer aus Berlin für die gesetzlich vorgeschriebene Dauer von 12 Jahren zum Oberbürgermeister der Stadt Bochum.

Die Wahl am 31. Oktober fand unter der Leitung von Oberbürgermeister Graff statt. Im ersten Wahlgang erhielt Ruer 17 Stimmen, die Mitbewerber Bochums Bürgermeister Dr. Geyer 15 Stimmen, Beigeordneter Dr. von Hansemann aus Neuß 7 Stimmen und der Bochumer Stadtbaurat Diefenbach 1 Stimme.

Auch der zweite Wahlgang ergab das gleiche Stimmenergebnis. In der Stichwahl wurde dann Dr. Ruer mit 19 Stimmen gegen 16 Stimmen für Bürgermeister Dr. Geyer gewählt. Gegen das Ergebnis wurde in der Sitzung heftig opponiert. So beklagte das Zentrum, dass alle bisherigen Oberbürgermeister evangelisch gewesen seien, obwohl doch die Mehrheit der Bevölkerung katholisch sei, außerdem stelle die Partei mit 15 von 52 Sitzen die stärkste Fraktion. Jetzt sei wiederum ein evangelischer Bewerber gewählt worden. Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Diekamp legte aus Protest sein Amt nieder.

Doch die Wahl war gelaufen und wurde am 23. November 1924 durch des preußische Innenministerium bestätigt. Am 26. Januar 1925 führte Regierungspräsident König (Arnsberg) Dr. Otto Ruer in sein Amt ein und überreichte ihm die Ernennungsurkunde.

Trotz des knappen Ergebnisses war die Wahl von Dr. Otto Ruer zum Oberbürgermeister der Stadt Bochum eine gute Entscheidung. "Der parteilose Otto Ruer, der der Deutschen Demokratischen Partei nahe stand und sehr wirtschaftsfreundlich eingestellt war", so urteilt Johannes Volker Wagner in seinem Buch "Hakenkreuz über Bochum", "zeigte sich als ein energischer, kraftvoller und selbstbewusster Leiter

der städtischen Geschehnisse. Er versuchte, das wirtschaftlich aufstrebende Bochum mit Tatkraft zu einer echten Großstadt zu machen."

Zeitzeugen

Kurt Dörnemann, Bochumer Journalist und Theaterhistoriker (geb. 1913) erinnert sich an Oberbürgermeister Dr. Ruer: "Er imponierte mir gewaltig, wenn er in der Stadtverordnetenversammlung, einem Parlamentsgegner antwortend, aus seiner Mappe ein Aktenstück zog und es auf den Tisch beziehungsweise dem Rebellen um die Ohren knallte." (Aus "Mein Bochum der frühen Jahre")

Ähnliche Erinnerungen hat auch Alfred Salomon, Bochumer Jude, Überlebender von Auschwitz und Mitbegründer der jüdischen Gemeinde in Bochum nach 1945, der als Kind mit seinem Vater den Oberbürgermeister in seinem Amtszimmer besuchte und von der "mächtigen Ausstrahlung beeindruckt war, obwohl Otto Ruer doch von kleiner Gestalt war."

Der energische und entschlossene Führungsstil des neuen Oberbürgermeisters, der ihm gelegentlich auch den Vorwurf "autoritär" oder "kleiner Napoleon" eintrug, blieb nicht ohne Erfolg. So berichtet der SPD-Stadtverordnete Philipp Sommerlad, dem konservativ eingestellten OB politisch keineswegs sonderlich gesonnen:

"Es wurden neue Straßen, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze, Freibäder für die arbeitende Bevölkerung geschaffen. Neue Verwaltungsgebäude und Schulen entstanden. Durch den Bau eines Milchhofes wurde erreicht, dass die Kindersterblichkeit zurückging. Das Berufs- und Gewerbeschulwesen erfuhr durch die Einrichtung von Fachklassen sowie die Schaffung einer Mädchenberufs- und Haushaltsschule eine zeitgemäße Förderung. Städtische Orchester, Gemäldegalerie, Museum, Verwaltungsakademie und vieles mehr an gemeinnützigen Einrichtungen wurde geschaffen."

Leistungen

Bereits einen Monat nach Amtsantritt bekundete Dr. Ruer in einem Brief an Professor Dr. Bruck in Münster das "rege Interesse an einer Errichtung einer Verwaltungsakademie für den Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk in Bochum" und begründete diesen Wunsch mit dem Verweis auf die "zentrale Lage, günstige Verkehrsverhältnisse, geeignete Lehrkräfte und die Belastung der Beamten durch die wöchentlichen Eisenbahnfahrten".

Am 31. Oktober 1925 wurde die "Westfälische Verwaltungsakademie", Abt. Industriebezirk Münster, in Bochum feierlich eröffnet. Als erste Verwaltungsakademie in Deutschland konnte sie drei Jahre später ein eigenes Haus beziehen.

In seinem Grußwort zur Einweihung des neuen Hauses am 14. Dezember 1928 erklärte OB Dr. Ruer u. a.: "Das freiwillig übernommene Opfer betrachtet die Stadt als eine produktive Ausgabe für ihre Kulturbestrebungen, unter denen neben der allgemeinen Pflege von Kunst und Wissenschaft die Beamtenfortbildung einen ersten Platz einnimmt."

Der Kultur galt ein besonderes Engagement von Dr. Otto Ruer. Er hatte in Wilhelm Stumpf, der bereits 1904 zum besoldeten Stadtrat seiner Vaterstadt Bochum gewählt worden war, einen ebenso engagierten wie qualifizierten und zuverlässigen Fachmann.

Stadtrat Stumpf, der keiner Partei angehörte, hatte ein Ziel: Der jungen Industriestadt Bochum das Gesicht einer Kulturstadt zu geben. Mit Erfolg.

In den Jahren 1914/1915 hatte Stumpf das private Apollo-Theater erworben, es umbauen lassen und am 30. Dezember 1915 - mitten im Ersten Weltkrieg - das Bochumer Schauspielhaus eröffnet. Die Einstellung von Saladin Schmitt, der 30 Jahre lang das Bochumer Theater prägte, Gründung und Förderung des Städtischen Orchesters, der Stadtbücherei, der Städtischen Gemäldegalerie (heute Kunstmuseum), der Volkshochschule, des Stadtarchivs wie der Singschule zählen zu den Leistungen von Wilhelm Stumpf.

Er fand in Oberbürgermeister Dr. Ruer volle Unterstützung. In seiner Etatrede am 23. April 1926 hatte der OB begründet: "Es ist selbstverständlich, dass wir Städte im Industriegebiet nicht nur öde Steinwüsten mit Rauch und Russ sein können, dass wir die besondere Pflicht gerade für die arbeitende Bevölkerung haben, für Stätten der Kunst und Bildung zu sorgen."

Dem Einsatz von Dr. Ruer und Stadtrat Stumpf ist es auch zu verdanken, dass 1927 in Bochum die erste Deutsche Shakespeare-Woche stattfand, in der alle Königsdramen aufgeführt wurden. Diese Shakespeare-Woche verbunden mit einer Tagung der Shakespeare-Gesellschaft, die 1864 in Weimar gegründet worden war und später während des Zweiten Weltkrieges ihren Sitz in Bochum hatte, wurde, wie sich Kurt Dörnemann erinnert "als ein bühnengeschichtliches Ereignis von ungewöhnlichem Rang gerühmt."

Wie viele andere deutsche Städte hatte auch Bochum im Jahr 1926 ein besonderes Problem: Die Anleihefrage. "Zum Zwecke der Bestreitung von Kriegswohlfahrtsausgaben," wie es offiziell hieß, hatte die Stadt im Sommer 1917 in der Schweiz eine Anleihe von 10 Millionen Mark (etwa 12,3 Mio. Franken) aufgenommen. Die Rückzahlung sollte im Februar 1927 fällig sein. Doch Bochum war ebenso zahlungsunfähig wie Dortmund, Krefeld, Flensburg, Heidelberg, Karlsruhe, Nürnberg oder Freiburg, um nur einige der Schuldenstädte zu nennen. Der kommunalpolitisch erfahrene Otto Ruer wurde zum Verhandlungsführer bestellt. In äußerst schwierigen internationalen Verhandlungen mit Schweizer Gläubigern unter der Beteiligung von Reichsbank und Reichsregierung konnte er schließlich ein beachtliches Ergebnis vorweisen. Im Züricher Abkommen vom 9. August 1926 wurden nicht nur erhebliche Erleichterungen für die belasteten Städte erzielt, sondern auch die Restlasten der Valutaverpflichtung auf zehn Jahre verteilt.

Alein Bochum wurden im Jahre 1927 zwei Millionen Mark erlassen.

Dr. Otto Ruer darf sicher zu den führenden Kommunalpolitikern seiner Zeit gezählt werden. Während seiner gesamten Dienstzeit in Berlin wie Kiel und Bochum hat er sich immer wieder auch in schriftlichen Beiträgen mit der Rolle der Städte und ihren Aufgaben und Zuständigkeiten auseinandergesetzt. Das Verzeichnis des Deutschen Städtetages weist Dr. Ruer als gewählten Delegierten der Jahreshauptversammlungen in Breslau (1928) und Frankfurt am Main (1929) des kommunalen Spitzenverbandes aus.

Ein Thema von besonderer politischer Brisanz war die Eingemeindungspolitik. Bereits Anfang 1919 hatte Oberbürgermeister Graff umfassende Eingemeindungsabsichten der Stadt- Bochum angekündigt und sie mit "Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Stadt" begründet. (Marco Rudzinski in: Bochum und das Ruhrgebiet). Otto Ruer nahm sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit dieses Themas an. Schon im Februar 1925 fand auf seine Einladung eine erste vertrauliche Zusammenkunft mit Vertretern der Industrie statt. Als Gründe für die Eingemeindung wurden vor allem die aus der kommunalen Zersplitterung entstehenden Belastungen der Unternehmen angegeben. So seien die Steuersätze in den Einzugsgebieten unterschiedlich hoch, zudem würde Unternehmensplanung durch die Zuständigkeit zu vieler Gemeinden erschwert. (Jörg Balthasar: "Eingemeindungspolitik und Verwaltungsorganisation"). Die Aktivitäten von Dr. Ruer stießen in den Nachbarstädten auf Misstrauen und in den betroffenen Gemeinden auf heftige Ablehnung. Doch der "Bochumer Ruerkampf" (Jörg Balthasar) war zumindest teilweise erfolgreich. Nach dem preußischen Gesetz über die Neuordnung kommunaler Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk vom 26. Februar 1926 wurden die Orte Hordel, Riemke, Bergen, Weitmar, Altenbochum sowie Teile anderer Gemeinden der Stadt Bochum zugeordnet. Von der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bochum, deren Hauptgeschäftsführer der einflussreiche DVP-Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo mit Ruer eng befreundet war, wurde die großzügige Lösung im Juni 1926 einstimmig begrüßt.

Bochum wird "braun"

Der Streit um die Gebietsreform hatte Spuren hinterlassen. "Enttäuschung und Verbitterung führten", so Volker Wagner, zu "einem erheblichen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die demokratischen Parteien. Und schließlich gelang es hier zum ersten Mal der NSDAP, Enttäuschungen und Missstimmungen für ihre Ziele auszunutzen. Nach der Kommunalwahl vom 17. November 1929 saßen fünf nationalsozialistische Abgeordnete im Bochumer Stadtparlament; andere Parteien hatten Stimmverluste hinnehmen müssen."

Der Einzug ins Bochumer Rathaus war für die NSDAP ein besonderer Erfolg, denn in dieser Stadt gab es bereits "seit 1921 Sturmabteilungen der NSDAP, zu deren Aufgabe neben dem Saal- und Versammlungsschutz der Partei auch die Demonstration der Schlagkraft der Partei durch Aufmärsche und blutige Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern gehörte." (Chronik des Ruhrgebiets). So entstand in Bochum 1925 das SA-Regiment Ruhr, eine der ersten paramilitärischen Kampfgruppen der NSDAP im Ruhrgebiet, das 1926 schon 60 Mitglieder zählte.

Bereits am 15 Juni 1926 besuchte Adolf Hitler als eine der ersten Ruhrgebietsstädte Bochum, um dort eine Rede zu halten. In der "Chronik des Ruhrgebiets" wird dazu berichtet: "Hitler hatte nach einem versuchten Staatsstreich im November 1923 eine Haftstrafe verbüßen müssen und beginnt nun, die Schar seiner Anhänger wieder um sich zu sammeln. Die Versammlung musste als Mitgliederversammlung aufgezoogen werden, weil dem Führer durch den preußischen Innenminister das öffentliche Auftreten verboten war. Deshalb wurden alle, die an der Kasse erschienen, sogleich in die NSDAP aufgenommen. Ein Polizeibericht über die Veranstaltung im evangelischen Gemeindehaus, an der neben Hitler auch Goebbels teilnimmt, schätzt die Teilnehmerzahl auf etwa 1000 Personen. Hitler spricht davon, dass keiner die nationalsozialistische Bewegung aufhalten könne und erklärt, er sehe die Stadt Bochum zum ersten Mal und sei erstaunt, hier eine derartige Sympathie für den Gedanken der nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Bewegung zu finden."

Bochum, so muss man feststellen, zählte zumindest im Revier zu den Hochburgen der Nationalsozialisten, was sich auch in den Wahlergebnissen zeigte. Bei den Reichstagswahlen 1930 wurde die NSDAP hinter der SPD (20,1 %), dem Zentrum (19,8 %) und der KPD (19,4%) mit 17,6 % viertstärkste Partei. Zwei Jahre zuvor hatte ihr Anteil lediglich bei 2,3 % gelegen. Bochum wurde zudem von den Nationalsozialisten auch zur Gauhauptstadt von Westfalen-Süd gemacht, was ihnen besonders gute Voraussetzungen für Partei- und Wahlagitation bot.

Diffamierung

Der Oberbürgermeister Dr. Otto* Ruer, von Geburt Jude und ein aufrechter Demokrat, war den Nazis besonders verhasst. Sie versuchten, schon sehr früh ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen. In den öffentlichen Ratssitzungen hatten sie trotz heftiger verbaler Attacken gegen den korrekten und versierten Kommunalfachmann keine Chance. Obwohl auch die anderen Parteien den OB wegen seiner vermeintlichen "Industriefreundlichkeit", (SPD) und angeblichen "sozialen Kälte" (KPD) mehr kritisierten als unterstützten, genoss der Oberbürgermeister dank seiner erfolgreichen Stadtpolitik in der Öffentlichkeit großes Ansehen.

Wie in anderen Städten auch starteten die Nationalsozialisten in Bochum breitangelegte Diffamierungskampagnen. Mit Vorwürfen, Beleidigungen und Verunglimpfungen wollten sie das Image des OB zerstören. Dazu nutzten sie die eigenen oder ihnen nahestehende Zeitungen. So warf der Redakteur Karl Kaufmann, auch Abgeordneter des preußischen Landtages, in der Zeitung "Die neue Front" dem Oberbürgermeister die "Bevorzugung jüdischer Firmen beim Rathausneubau", "privaten Missbrauch des Dienstautos" und allgemeine "Verschwendungssucht" vor, kritisierte die Reisen des OB in die Schweiz zur Abwicklung der Valutaanleihen als "Lustreisen" und polemisierte gegen seine Abstammung und Familie. Gipfel der Kampagne waren die Artikel "Der Diktator von Bochum" (8. Oktober 1928) und "Die Juden in Bochum" (23. November 1928). Besonders perfide war die Behauptung, der OB schweige zu allem und verteidige sich nicht.

Tatsächlich hatte Dr. Ruer mehrfach allerdings vergeblich versucht, sich mit Richtigstellung, Leserbriefen und Gegendarstellungen zu wehren. Die Zeitung nahm nichts an. So erstattete der OB am 21. Januar 1929 Strafantrag wegen Beleidigung. Doch der preußische Landtag versagte zunächst eine "Genehmigung zur Strafverfolgung des Mitglieds Karl Kaufmann".

Erst in der Sitzung am 25. April 1929 wurde nach eindrucksvoller Berichterstattung durch den SPD-Abgeordneten Kuttner die Immunität des Abgeordneten und Redakteur Kaufmann aufgehoben. Aber auch die Justiz war zögerlich. Sechs Termine ohne Angeklagten wurden vertagt, weil "keine Genehmigung zur Vollziehung eines Vorführungs- oder Haftbefehls" vorliege. Erst am 30. April 1931 verurteilte das erweiterte Schöffengericht Kaufmann wegen "übler Nachrede in Tateinheit mit Beleidigung in zwei Fällen" zu einer Geldstrafe von 500 Reichsmark. Die Berufung des Angeklagten und des Staatsanwaltes wurde vom Landgericht Essen (2. November 1931) ebenso verworfen wie die Revision vom 3. Strafsenat des Reichsgerichtes (7. März 1932). Das Verfahren hatte insgesamt fast 3 8 Monate gedauert.

Drohungen

Ein beliebter Punkt der Diffamierung war den Nazis die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters. Die Knappschaftliche Berufsgenossenschaft hatte 1914 für ihren Verwaltungsdirektor Stoecker an der Gudrunstraße 5 eine Villa errichten lassen. Anfang der 20er Jahre ist dieses Haus wohl von der Stadt Bochum übernommen und dem 1925 als Oberbürgermeister gewählten Dr. Ruer als Wohnsitz überlassen worden. In den insgesamt rd. 175 qm großen Wohnräumen im ersten Stockwerk wohnten (Adressbuch der Stadt Bochum 1925) Dr. Otto Ruer, Maria Thielitz, Witwe und Hulda Müller, Köchin. Zum Haus gehört ein großer Garten mit einem zweiten kleinen Haus, in dem der OB-Fahrer Wilhelm Halberschmidt wohnte.

Das Erdgeschoss mit etwa 180 qm großen Gesellschaftsräumen nutzte OB Dr. Ruer in Ermangelung anderer Möglichkeiten als Repräsentationsräume. Um der aufstrebenden Industriestadt mehr Bedeutung zu verschaffen, war es dem OB gelungen, wichtige Tagungen und Kongresse wie beispielsweise die Shakespeare-Tage sowie Verkehrs- oder Sparkassenkonferenzen nach Bochum einzuladen. Doch es fehlten zu der Zeit noch geeignete Empfangsräume. Nur deshalb nutzte Dr. Ruer das Erdgeschoss seines Wohnhauses, das er auch entsprechend hatte herrichten lassen. Die Ausgaben dafür nutzten die Nazis, um dem OB "Vergeudung städtischer Mittel" und "Verschwendungssucht" vorzuwerfen. Eine Diffamierung, mit der sie Neid und Missgunst zu schüren wussten. Doch die Nationalsozialisten ließen es nicht bei verbalen Attacken. Versammlungen politischer Parteien wurden gestört, Truppen der SA beleidigten und pöbelten in aller Öffentlichkeit und zettelten Schlägereien an. Drohungen gegen den Oberbürgermeister wurden offener und massiver. Zum Schutz ließ Dr. Ruer Gitter an den Fenstern seines Hauses anbringen.

Ehemalige Nachbarn erzählten, dass er sich aus Furcht vor pöbelnden Straßenhorden gelegentlich in einem Versorgungsschacht im Garten seines Hauses versteckte.

Das Haus an der Gudrunstraße ist seit 1993 im Privatbesitz. Es war nach der Absetzung des Oberbürgermeister Dr. Ruer in den Jahren 1934/35 umgebaut und als allgemeiner Wohnraum genutzt worden. Die neuen Besitzer haben es sehr engagiert und liebevoll restauriert. Inzwischen steht es unter Denkmalschutz und ist - obwohl öffentlich nicht zugänglich - eine in Stein gesetzte Erinnerung an einen herausragenden Kommunalpolitiker.

Mit der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg am 29. Januar 1933 begann die Machtergreifung der NSDAP. Der Reichstagsbrand, der - obwohl nie bewiesen - als kommunistische Brandstiftung bezeichnet wurde, bot Anlass zu einer "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat". Damit wurden Grund- und Verfassungsrechte außer Kraft gesetzt. Mit Gewalt und Terror gegen politische Gegner versuchten die Nazis ihre Macht zu festigen. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte der NSDAP zwar nicht die erhoffte absolute Mehrheit, doch konnten sie in Bochum mit 36,3 Prozent der abgegebenen Stimmen das zweitbeste Ergebnis im Revier erzielen. Nur in Mülheim lag der Anteil mit über 40 Prozent noch höher.

Absetzung

Wie in vielen anderen Städten gab es auch in Bochum am Tag nach der Wahl zahlreiche Kundgebungen und Siegesfeiern der Nazis. Auf öffentlichen Gebäuden aber auch Kaufhäusern und der Synagoge wurden Hakenkreuzfahnen gehisst. Oberbürgermeister Dr. Ruer ließ die ohne Wissen der Behörden aufgezugene Fahne vor dem Rathaus wieder entfernen. Weil sich große Teile der Bevölkerung noch über die Verletzung privater Eigentumsrechte erregte, behaupteten die Nazis, Saboteure und Spitzel hätten die Fahnen gehisst.

Doch wenige Tage später zur Kommunalwahl gab es für die Nationalsozialisten keine Hemmungen mehr. Schon am Samstag vor der Wahl marschierten SA-Gruppen zum Rathaus, zogen erneut ihre Fahnen auf und besetzten die Eingänge.

In seinem Buch "Hakenkreuz über Bochum" zitiert Volker Wagner dazu aus der nationalsozialistischen Zeitung "Rote Erde".

"Kreisleiter Riemenschneider und Standartenführer Voß begaben sich in das Dienstzimmer des Oberbürgermeisters Ruer und verlangten von ihm die sofortige Niederlegung seiner Amtsgeschäfte, andernfalls er im Interesse seiner persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden müsse." Und weiter Wagner: "Die Nationalsozialisten hatten dafür gesorgt, dass auch von draußen, von einer "großen Menschenmasse", die Absetzung des Oberbürgermeisters stürmisch verlangt wurde: Dr. Ruer blieb schließlich nichts anderes übrig, als der Gewalt zu weichen: Um Ruhe und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten, legte er sein Amt nieder."

Die ehemalige Sekretärin des Oberbürgermeisters, Margarete Müller, erinnerte sich nach Berichten ihrer Nichte so: die Nazis seien mit dem Ruf "jetzt holen wir uns den Rür" in das Büro des OB gestürmt. Dabei hätten sie bewusst das Schimpfwort "Rür" (Hund, Köter) benutzt.

Zwei Tage später wurde Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer wie einige seiner Amtskollegen in Nachbarstädten durch den Regierungspräsidenten in Arnsberg "vorläufig suspendiert". Noch am gleichen Tag reiste er nach Berlin und bezog dort ein Zimmer im Hotel "Bristol", an der Straße "Unter den Linden" 5/6.

Doch den Nazis reichte der "Amtsverzicht" nicht, sie wollten den OB auch persönlich und moralisch vernichten und fanden dazu willige Helfer.

Mit Schreiben vom 18. März 1933 teilte der kommissarische Regierungspräsident (gezeichnet von Stockhausen) der Stadt mit:

"Von Seiten der NSDAP wird vielfach der Wunsch ausgesprochen, Einblicke in gewisse Akten der städtischen Verwaltung zu erlangen. Da über oft weit zurückliegende Vorgänge der Verwaltung in der gegenwärtigen von nationaler Bewegung erfüllten Zeit Gerüchte der verschiedensten Art, die häufig für die Verwaltung nachteilig sind, umherschwirren, halte ich es für zweckmäßig, dem Wunsch der örtlichen Leitung der NSDAP, Einblick in die Akten zu erhalten, zu willfahren." Über Regelungen solle man sich mit dem Gauleiter Wagner in Bochum in Verbindung setzen.

Zehn Tage später, am 28. März, wurde per Funkspruch aus Arnberg mitgeteilt, dass der Minister des Innern Dr. Otto Piclum, Bochum, Herner Straße 79, zum Staatskommissar bestellt habe. Piclum, so hieß es weiter, habe den Auftrag, rückwirkende Vorgänge zu prüfen, das Recht an allen Sitzungen teilzunehmen und der Magistrat habe nur im Einvernehmen zu handeln.

Vernichtung

Der Staatskommissar, 34 Jahre alt und bisher Chefredakteur der NS-Zeitung "Rote Erde", wurde schnell aktiv. Schon am Tag nach seiner Ernennung ordnete er in einem Schreiben an alle Dezernenten, Hilfsdezernenten und Dienststellen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses an, dem Einsicht in alle Akten, jede Auskunft und volle Unterstützung zu gewähren sei und der ihn persönlich zu informieren habe. Per Anweisung an die Stadtkasse, wurde die Einstellung aller "Gehalts-, Ruhegehalts- oder sonstiger Zahlungen" an Oberbürgermeister Dr. Ruer sowie weitere Führungskräfte verfügt. Zugleich teilte Piclum weiteren Mitarbeitern im Rathaus mit: "Hiermit enthebe ich Sie mit sofortiger Wirkung Ihres Amtes."

In einer Veröffentlichung für die Tagespresse vom 29. März 1933 wurde informiert, dass ein Untersuchungsausschuss eingerichtet sei und "gleichzeitig Vorsorge getroffen, dass die als Nutznießer des vergangenen Systems im Bereich der Stadtverwaltung noch vorgefundenen als 'Parteibuchbeamte' der Öffentlichkeit bekannten Personen mit sofortiger Wirkung ihrer Bezüge verlustig gehen".

Bei der zunächst allgemein vorgenommenen Prüfung habe sich ein "ungeheuerliches Tatsachenmaterial über die Verschwendung städtischer Gelder ergeben."

Die "vorläufige Sperrung der Zahlung an Ruer" wurde zwar per Funkspruch aus Arnberg "bis zur endgültigen Regelung aufgehoben", weil, "ungesetzlich", doch die Diffamierungskampagne gegen den OB lief brutal weiter.

Am 2. April 1933 wurde wieder per "Veröffentlichung für die Presse" mitgeteilt, das Ergebnis des Untersuchungsausschusses sei "eine einzige Anklage gegen die bisherige Leitung der Stadt und dokumentiert, wie Herr Oberbürgermeister Dr. Ruer gewirtschaftet hat". Ihm seien nicht nur unkorrekte Amtsführung, sondern in zahlreichen Fällen Vergeudung städtischer Mittel und sogar Verwendung städtischer Mittel für private Zwecke vorzuwerfen.

"Einige Proben" dieser Vorwürfe wurden am 7. April der Presse mitgeteilt, weil die "Öffentlichkeit ein Recht hat, zu erfahren, wie mit städtischen Geldern gewirtschaftet wurde." Auf den folgenden Seiten dieser umfangreichen Pressemitteilung wird behauptet, dass die Repräsentationskosten der Stadt seit Amtsantritt des Oberbürgermeisters Dr. Ruer gestiegen, nicht verbrauchte Mittel ohne Kontrolle übertragen worden, Mittel zur Unterhaltung städtischer Dienstgebäude für die OB-Wohnung eingesetzt und "missbräuchlich" Zahlungen für Autoschutzkleidung des Fahrers, für Gas-, Strom- Wasserrechnungen sowie für Einrichtungen in der Wohnung geleistet worden seien.

Verhaftung

Oberbürgermeister Dr. Ruer versuchte sofort, allerdings vergeblich, sich gegen diese öffentlichen Angriffe zu wehren. Obwohl er sehr detailliert auf 12 Seiten zu jedem einzelnen Vorwurf Stellung nahm, blieb seine Darstellung unbeachtet. Auch ein Brief aus dem Hotel Bristol vom 9. April 1933, in dem er bittet "mich von diesen Vorwürfen zu rechtfertigen" und weiter beantragt "über die erhobenen Anschuldigungen" vernommen zu werden, wurde nicht beantwortet. Die Nazis wollten ihn vernichten.

"Auf Betreiben des neuen Staatskommissars für Bochum, Dr. Piclum, wurde Mitte April 1933 Haftbefehl gegen Otto Ruer erlassen. Ruer wurde unter erniedrigenden Umständen im Hotel Bristol in Berlin, wo er sich gerade aufhielt, verhaftet und in einem Sammeltransport in das Gefängnis des Bochumer Amtsgerichts gebracht. Nach einem Monat Untersuchungshaft wurde er wieder entlassen; Dienstvergehen konnten ihm nicht nachgewiesen werden." (Aus: Volker Wagner, Hakenkreuz über Bochum)

Am 11. Mai forderte die NSDAP-Fraktion der Stadtverordneten-versammlung in einem Antrag an den Regierungspräsidenten- Arnsberg, "die Stelle des Staatskommissars in die Stelle eines kommissarischen Oberbürgermeisters umzuwandeln" und begründete dies, weil "dem energischen Vorgehen und den durchgreifenden Maßnahmen des Herrn Dr. Piclum ist es zu verdanken, dass die unerhörte Misswirtschaft in der Stadt Bochum in kurzer Zeit aufgedeckt wurde und eine Anzahl der leitenden Beamten, darunter auch der OB mit sofortiger Wirkung ihres Amtes enthoben worden sind." Um die Verwaltung wieder in "geordnete Bahnen" zu bringen und "größere Vollmacht zu erteilen", sollte die Stelle umgewandelt werden. Unverhohlen fordert die NS-Fraktion weiter: "Auch angesichts der Tatsache, dass die freigewordenen Stellen der leitenden Beamten mit geeigneten Persönlichkeiten aus unseren Reihen bald zu besetzen sind, wird dringendst gebeten, unserem Antrag zu entsprechen.

Dr. Otto Leopold Piclum wurde am 15. Mai 1933 zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt und im Juli des Jahres von der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Tod

Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer, der lange vergebens um seine Rehabilitation gekämpft hatte und dabei auch in Bochum wenig Unterstützung fand, war ein "gebrochener Mann" (Volker Wagner). Vermutlich hatte er schon seit längerer Zeit den Entschluss gefasst, nach Wiederherstellung seiner Ehre aus dem Leben zu scheiden. Dr. Ruer starb am 29. Juli 1933 einige Tage nach einer Vergiftung (Einnahme von Veronaltabletten) in seiner Berliner Wohnung an der Landgrafenstraße 12 und wurde am, 3. August auf dem Krematoriumsfriedhof am Fehrbelliner Platz beigesetzt. In einer kleinen Notiz, die auch der Presse nur eine kurze Meldung wert war, zeigte der Polizeipräsident in Bochum am 1. August 1933 an, dass "Dr. Ruer in Berlin am 29. Juli nachmittags gegen fünfeinhalb Uhr verstorben" sei.

Das Dienststrafverfahren in Bochum, in dem er von Direktor Franzjosef Müser verteidigt wurde, ging zu seinen Gunsten aus. Am 31. Juli 1933, zwei Tage nach seinem Tod, wurde Dr. Otto Ruer unter Gewährung einer Pension endgültig in den Ruhestand versetzt.

"Die Nachricht von seiner Rehabilitierung hat ihn nicht mehr erreicht". (Volker Wagner)

Nachwort

Die Beschäftigung mit dem Leben von Dr. Otto Ruer ist eine ebenso spannende wie mühsame Sucharbeit. Obgleich das Stadtarchiv Bochum über vielfältige Dokumente und Unterlagen verfügt, fehlt bisher ein lückenloses Lebensbild dieses bedeutenden Kommunalpolitikers. Personalakten sind wohl in Münster wie Kiel und Bochum durch Kriegseinwirkungen vernichtet worden. Eine umfangreiche Akte im Bundesarchiv in Berlin enthält - überwiegend handschriftlich verfasst - aus dem Bestand des ehemaligen Reichsministerium des Innern u. a. nur Teil-Lebenslauf, Beurteilungen, Anträge und Pensionsansprüche.

Der Hinweis, dass sich der gebürtige Jude habe später evangelisch taufen lassen, konnte bisher nicht belegt werden. Obwohl Dr. Ruer engen Kontakt zu Wirtschafts- und Industriekreisen hatte und mit dem IHK-Syndikus Hugo eng befreundet war, gibt es in Wirtschaftsarchiven kaum einen Hinweis auf den OB.

Es ist auch zu vermuten, dass nach der Vertreibung des Oberbürgermeisters Dr. Ruer aus dem Amt und seinem späteren Freitod Unterlagen beseitigt wurden. Die Nazis wollten seine völlige Vernichtung. Da Otto Ruer wohl nur kurze Zeit Mitglied der DVP, im übrigen aber parteilos war, haben auch die Parteihistoriker ihm bisher wenig Beachtung geschenkt.

Es wäre ein verdienstvolles Anliegen, wenn Historiker und Wissenschaftler sich intensiver mit dem ehemaligen Bochumer Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer befassen würden.

Verdient hätte er es allemal.

Benutzte Quellen zu:

Dr. Otto Ruer: "Ein Leben für die Kommunalpolitik"

- Stadtarchiv Bochum
- Presseamt der Stadt Bochum
- Johannes Volker Wagner: "Hakenkreuz über Bochum", Studienverlag Dr. Brockmeyer 1983
- Johannes Volker Wagner (Hg.): "Das Stadtarchiv", Klartext Verlag, Essen, 2004
- Jürgen Mittag/Ingrid Wölk (Hg.): "Bochum und das Ruhrgebiet", Klartext Verlag, Essen 2005
- Bodo Harenberg (Hg.): "Chronik des Ruhrgebiets", Chronik-Verlag, Dortmund 1987
- Kurt Dörnemann: "Mein Bochum der frühen Jahre", Brockmeyer-Verlag, Bochum 2004
- Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Ltr. Dr. Ellerbrock, Märkische Straße 120, 44141 Dortmund
- Landesarchiv NRW Staatsarchiv Münster, Bohlweg 2, 48147 Münster
- Kieler Stadtarchiv, Ltr. Archiv- und Museumsdirektorin Dr. Doris Tillmann, Rathaus, Fleethörn 9, 24103 Kiel
- Bundesarchiv, Finkensteinallee 63, 12205 Berlin
- Bibliothek des Deutschen Städtetages Keine Unterlagen vorhanden (lt. telefonischer Auskunft):
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12-13, 14195 Berlin
- Landesarchiv Berlin
- Befragte Zeitzeugen: Kurt Dörnemann, Alfred Salomon, Alt-Superintendent Wehrbeck, weitere Angaben: Anel Imhäuser, Dr. Hans Hanke, Clemens Kreuzer



Bitte drücken Sie die
Taste **Esc** auf Ihrer Tastatur
zum Beenden der Vollbildanzeige...